

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/64

Bonn, der 3. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 Universitäten und Politik 52

Unvoreingenommene Zusammenarbeit
von Studenten, Professoren und Staat muß gesichert werden

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

2.. 3 Jugendarbeit heute und morgen 94

Zur Neuordnung des Bundesjugendplans

Von Harry Lisch, MdB, Berlin

4 - 10 Lateinamerikanische Notizen 30

Von Stephan G. Thomas,

Leiter des Ostbüros beim Parteivorstand der SPD

Aus dem Inhalt:

Skeptisches Fragezeichen - Gärende Atmosphäre - Beispielhaftes
Costa Rica - Genossenschaften und Bildungsstätten - Unvorstell-
bare Armut in Guatemala - Sozialreformer wurden zunichte ge-
macht - Kommunistische Aktionen - Ungelöste Probleme - Demokra-
tische Alternative ? - Chile - Land des Kupfers - Auch hier
Kommunisten in Aktion - "Es müssen neue Männer kommen" - Katho-
liken für radikale Reformen - 220 Millionen Menschen sind in
Bewegung geraten - Kennedys bleibendes Verdienst - Die Taktik
der Kommunisten - Unsere Aufgaben.

Chefredakteur Günter Markscheffel

Universitäten und Politik

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Der Verband Deutscher Studentenschaften hat auf seiner Frankfurter Tagung vor einigen Wochen unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß er sich weiter für eine progressive Bildungspolitik einsetzen will. Um dafür auch an den Hochschulen die Voraussetzungen zu schaffen, haben sich führende Mitglieder des VDS entschlossen, eine Studentenunion zu gründen, mit deren Hilfe sie ihre die Struktur und Arbeitsweise der Universität berührenden Forderungen durchsetzen wollen.

Wer der Auffassung ist, daß sich studentische Selbstverwaltung nicht in einem demokratischen Sandkastenspiel erschöpfen soll, wird gegen diesen Versuch der Studenten, sich Gehör zu verschaffen, grundsätzlich nichts einwenden können. Dennoch hört man hier und da die Befürchtung, die Studentenunion werde die Einheit der Universität stören und die Zusammenarbeit von Professoren und Studenten beeinträchtigen.

Nun wäre es in der Tat der Sache nicht dienlich, wenn sich die Studentenunion als Starkeorganisation gegen die Professoren etablieren würde. Professoren, Studenten und die Vertreter des Staates können nur in gemeinsamen Überlegungen die Bedingungen für die Hochschulen und an den Hochschulen erwägen und durchsetzen, die für eine progressive Hochschulpolitik notwendig sind. Das wiederum wird nur möglich sein, wenn alle Beteiligten bereit bleiben, die Ebene des Gesprächs nicht zu verlassen, sondern eher die Formen der Zusammenarbeit daraufhin zu überprüfen, wie die Kooperation besser und erfolgreicher gestaltet werden kann. Die Studentenunion wird das, wenn sie ihre Arbeit jetzt beginnt, im Auge behalten müssen. Die Studenten wiederum werden umso eher willens sein, sich nicht lediglich als Pressure-group zu empfinden, wenn ihnen die Hochschullehrer den Eindruck vermitteln, daß auch für sie die Einheit der Universität und das Gespräch den Vorrang vor Starkeinteressen haben.

Der Förderung der offenen Diskussion und Beratung zwischen Professoren und Studenten einerseits und den politischen Gremien des Staates andererseits würde es auch dienen, wenn die "Deutsche Universitätszeitung" bald ein anderes Gesicht bekäme. Zwar ist die DUZ nicht das offizielle Organ der Wissenschaftsorganisationen, aber sie erscheint doch im stillschweigenden Einverständnis mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz und anderen Wissenschaftsinstitutionen.

Die eigenartige und undurchsichtige Finanzierung dieser Zeitung und die unklaren Rechtsverhältnisse haben dazu geführt, daß die DUZ seit längerer Zeit eine deutliche Schlagseite zugunsten der CDU erkennen läßt. Von bildungspolitischen Initiativen der SPD etwa erfährt man in dieser Zeitung so gut wie nichts. Hingegen wird jede Anregung, die von einem Politiker der CDU zur Debatte gestellt wird, sofort zu einer "kulturpolitischen Tat" aufgewertet. Der Leser der DUZ ist nicht in der Lage, sich auf Grund der Lektüre dieser Zeitung ein sachgerechtes Bild von den Plänen und Vorschlägen zu machen, die in allen Parteien zu den Fragen der Bildungspolitik und zur Gestaltung der Hochschulen bedacht werden. Die Wissenschaftsorganisationen sollten sich deshalb darum bemühen, die DUZ etwa einer Stiftung anzuvertrauen und auf diese Weise eine objektive Information und Meinungsbildung zu gewährleisten.

Es wäre gut, wenn eine Flurbereinigung all dieser Fragen erzielt werden könnte, bevor sie zum Thema des kommenden Bundestagswahlkampfes werden.

Jugendarbeit heute und morgen

Zur Neuordnung des Bundesjugendplanes
Von Harry Liehr, MdB, Berlin

14 Jahre sind seit Verkündung des Bundesjugendplanes vergangen. Wie immer man dazu stehen mag, eines ist nicht zu leugnen: Form, Inhalt und Methodik der Jugendarbeit haben sich gegenüber den Zeiten der Jugendbewegung nach dem ersten Weltkrieg grundlegend gewandelt. Heute kommt es mehr denn je darauf an, den Idealismus und die Einsatzbereitschaft des Einzelnen für die Gemeinschaft voll zur Entfaltung zu bringen. Dies rechtfertigt nicht zuletzt auch eine breite öffentliche Förderung der Jugendarbeit. Dementsprechend soll der Bundesjugendplan fördern und anregen sowie zur Selbsthilfe und Eigenverantwortung ermutigen. Unter diesen Vorzeichen bejaht die SPD den Bundesjugendplan nach wie vor.

Wir haben deshalb keinen Zweifel daran gelassen, daß wir den Bundesjugendplan als einen wirklichen Jugendförderungsplan verstanden wissen wollen, der sich in sinnvoller Weise von der Kinder- und Erwachsenenarbeit abgrenzt; der auch Maßnahmen der Jugendfürsorge beinhalten soll, in dem aber die staatsbürgerliche Förderung der Jugend Vorrang haben muß. In diesem Sinn haben wir für die Einheit der gesamten Jugendhilfe plädiert und uns besonders in den Ausschlußberatungen des Bundestages für eine entsprechende Mittelverlagerung eingesetzt.

Unser parlamentarisches Drängen, den Bundesjugendplan in so prinzipieller Weise zu entrümpeln und neuzuordnen, fand auch Ausdruck in einer Vorlage des Bundesministers für Familie und Jugend, die sozialdemokratischerseits mitinitiiert wurde. So konnte in breiter Übereinstimmung mit den Länderregierungen eine sinnvolle und sachgerechte Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern erzielt werden, die hoffentlich mit dem 16. Bundesjugendplan (Etatjahr 1965) verwirklicht wird. Jedenfalls hat bereits der 15. Bundesjugendplan diese Zielvorstellungen berücksichtigt, indem z.B. Wohnheime der Jugendhilfe (bis auf den Nachholbedarf), Jugendfreizeitstätten, Maßnahmen der Stadtranderholung, das Jugendbücherei- und Filmkopieprogramm in diesem Etatjahr letztmalig bezuschußt bzw. in die Länderförderung überstellt werden sollen.

Der Bundestagsausschuß für Familie und Jugend hat in diesem Zusammenhang beschlossen, daß die durch die Umstrukturierung des Jugendplanes fixierten Mittel des Bundes ihrem Umfang nach erhalten bleiben, um neuen Schwerpunktbildungen entsprechen zu können. Dazu gehört vor allem die politische Bildungsarbeit. Hier werden u.a. verstärkte Mittelaussätze für Berlin-Fahrten westdeutscher und ausländischer Jugend-, Schüler- und Studentengruppen ebenso wie ein erheblicher Ausbau der internationalen Jugendbegegnungen erforderlich sein. Beim letzteren kommt es besonders auf eine Gleichstellung der finanziellen Förderungsgrundsätze des deutsch-französischen Jugendaustausches mit denen der übrigen internationalen Jugendbegegnungen an. Die vom Bundestag gewünschte Errichtung eines europäischen Jugendwerkes schafft zudem völlig neue Perspektiven internationaler Verständigung.

3. April 1964

Bei all dem muß der öffentlichen Förderung, in Wahrung der Unabhängigkeit des jeweiligen Antragstellers der Wille zugrunde liegen, durch Selbsthilfe ein Höchstmaß an Eigenverantwortung zu praktizieren. Der Grundsatz absoluter Freiwilligkeit, verbunden mit einer korrekten Mittelverwendung der Zuschußempfänger, muß sich in Übereinstimmung mit der gerade in der Jugendarbeit erforderlichen Beweglichkeit der zu fördernden Maßnahmen befinden. Es ist deshalb unerlässlich, der Neuordnung des Bundesjugendplanes auch eine Richtlinienreform folgen zu lassen.

Hier müssen die Antrags- und Abrechnungsverfahren überprüft und, wo immer vertretbar, verwaltungsmäßige Vereinfachungen Platz greifen. Dem gesellschaftspolitischen Bildungsauftrag entsprechend wird man sich auch gewissen Dauerhilfen nicht verschließen können. Im Prinzip aber wird wohl ein mehr an Eigenleistung - und dafür jedoch größere Eigenständigkeit und begrenzte Prüfungsverfahren - durchaus zu begrüßen sein.

Alles in allem wird der Jugendplan mit Beginn des nächsten Jahres gestraffter, übersichtlicher und von der Sache her inhaltsschwerer sein. Mancherlei gegen die Art der Jugendförderung immer wieder vorgebrachten Einwände und Vorbehalte dürften damit ausgeräumt werden können.

Erforderlich ist aber nicht zuletzt auch, was das Sachverständigengremium zur Beratung der Bundesregierung in allen Jugendfragen angeht, eine sorgfältige Trennung von Berater und Interessent. Trotz der Bemühungen aller Beteiligten im Aktionsausschuß und Bundesjugendplan-Kuratorium ließ sich von der Sache her nicht immer ein klarer "Trennungsstrich" bei den Beratungen des Jugendplanes ziehen. Die Zusammensetzung brachte es mit sich, daß Einzelne nicht nur Berater waren, sondern in die Rolle von Interessentenvertretern gedrängt wurden, die für "ihren" Verband einen möglichst hohen Mittelanteil "herauszuholen" suchten. Das ist zwar legitim, nur nicht immer der Sachberatung dienlich. Der zuständige Bundestagsausschuß hat es jedenfalls einstimmig beschlossen, den Bundesminister für Familie und Jugend aufzufordern, ein Bundesjugendkuratorium zu bilden, das nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz die Aufgabe hat, die Bundesregierung "in grundsätzlichen Fragen der Jugendhilfe zu beraten". Dieses Kuratorium, das in bezug auf den Jugendplan nur noch die Grundsätze beraten sollte, ohne wie bisher Etablierten zu führen, soll den Aktionsausschuß und das Bundesjugendplan-Kuratorium ablösen. Die Beratung des Jugendplanetats soll dagegen ausschließlich im Jugendausschuß des Bundestags geführt werden, der dabei die vom Bundesjugendkuratorium erarbeiteten Grundsätze einbezieht.

Darüber hinaus wird der längst überfällige Bericht der Bundesregierung über "Die Lage der Jugend und über Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe" Gelegenheit bieten, weitere Konsequenzen auch für den Bundesjugendplan zu erwägen.

Lateinamerikanische Notizen

Von Stephan G. Thomas

Leiter des Ostbüros beim Parteivorstand der SPD

Der Einflug vom Norden, von den Vereinigten Staaten, mit Zwischenstationen in Mexiko, Guatemala und Costa Rica, die Fortsetzung der Reise nach Chile und schließlich die Rückkehr über die Kordilleren mit Stopps in Argentinien und Brasilien, vermittelt dem Reisenden aus Europa eine Fülle von Eindrücken und mancher nachdenklicher Betrachtungen. Einzigartig die Landschaft mit ihrem Wechsel von zerklüfteten Gebirgszügen mit unberührt scheinenden Gipfeln im ewigen Schnee und besiedelten Tälern. Urwälder mit gelegentlichen Rauchsignalen, menschlichen Siedlungen, weiße Tupfen in der Einsamkeit eines sich bis zum Horizont dehrenden grünen Dschungels.

Skeptisches Fragezeichen

Es ist diese wechselvolle, in ihrer Faszination einzigartige Landschaft Lateinamerikas, die dem aus Europa stammenden Reisenden Gedanken über interessante touristische Möglichkeiten aufkommen läßt, die sich diesem Subkontinent im Zeitalter superschwerer Flugtechnik eröffnen müssen. Doch bei diesem Punkt nachdenklicher Betrachtungen über die künftigen touristischen Entwicklungsmöglichkeiten kommt das Wissen um die sozialen und politischen Probleme der Staaten und Völker Lateinamerikas und setzt erste skeptische Fragezeichen.

Gärende Atmosphäre

Man weiß, nachdem man vom Höhenflug auf der Erde gelandet ist, von Begegnungen und Beobachtungen, aus Gesprächen mit den Menschen und der Konfrontation mit ihren Problemen: Dieser Erdrteil ist politisch, sozial und ökonomisch in Bewegung geraten. Die Völker Lateinamerikas, jedes auf seine Weise, suchen nach neuen Wegen. Die traditionellen Lebensformen und die überkommenen politischen Strukturen sind fragwürdig geworden. Neue Lösungen werden gesucht und fremde Modelle kopiert, um mit den Problemen unserer Zeit fertig zu werden. Man spürt überall die gärende Atmosphäre revolutionärer Prozesse. Dabei verändert sich die politische Szenerie in wechselvoller Folge wie die Landschaftsbilder aus der Flugperspektive von Land zu Land, und nur bedingt ergibt sich die Möglichkeit zu vergleichenden Analogien und entsprechenden verallgemeinernden Rückschlüssen.

Beispielhaftes Costa Rica

Das Seminar, das von der Friedrich-Ebert-Stiftung in San José, der Hauptstadt von Costa Rica, veranstaltet wurde, gab Gelegenheit, sich mit den Lebensverhältnissen in diesem zwar geographisch kleinen, politisch aber bedeutsamen Land vertraut zu machen. Politisch deshalb bedeutsam, weil nach der Revolution, die dort vor 10 Jahren von der LIBERACION NACIONAL durchgeführt wurde, diesem Land ein einzigartiger Erfolg beschieden wurde: Die politische und wirtschaftliche Stabilisierung. Die Wahlen fanden in einwandfreier demokratischer Weise statt. Die LIBERACION NACIONAL erhielt bei der letzten Wahl die Mehrheit im Parlament und kann in planvoller Weise an die Durchführung vernünftiger wirtschaftlicher und sozialer Reformen herangehen. Das Resultat

dieser Bestrebungen: Costa Rica hat ein Einkommen pro Kopf der Bevölkerung aufzuweisen, das mit an der Spitze aller lateinamerikanischen Länder steht.

Genossenschaften und Bildungsstätten

Es gibt in diesem Land auch nicht jene in den anderen lateinamerikanischen Ländern so provozierende Kluft zwischen den wenigen Reichen und der großen Arme der Armen. Die genossenschaftlichen Organisationen basieren auf dem Freiwilligkeitsprinzip und haben in Verbindung mit landwirtschaftlichen Reformen entscheidend zur Stabilität des Landes beigetragen. Beeindruckend für den Europäer ist das hohe Bildungsniveau der Bevölkerung. Es besteht ein gut organisiertes Schulsystem mit Schulpflicht. Der Zutritt zu den ausgezeichneten Hochschulen des Landes für alle, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, rundet das harmonische Bild ab, das man in diesem Lande gewinnt. Die Universität von San José genießt weit über die Grenzen Costa Ricas den Ruf einer hervorragenden Lehrstätte. Man gewinnt aus den Beobachtungen und Begegnungen mit den Menschen den Eindruck, daß unter Führung der LIBERACION NACIONAL das Land einen gesicherten Weg in die Zukunft geht. Die verwirklichte politische Demokratie in enger Verbindung mit der erstrebten sozialökonomischen Stabilität geben ein gutes Fundament für die positive Entwicklung in Costa Rica. Eine Flugstunde von San José entfernt liegt Guatemala, ein Kontrastpunkt in der mittelamerikanischen Region Lateinamerikas.

Unvorstellbare Armut in Guatemala

Guatemala ist eines der schönsten Länder Lateinamerikas. Seine Hauptstadt bietet sich dem Betrachter in einer Attraktivität, die kaum ihresgleichen findet. In einem breiten, fruchtbaren Teil, umgeben von sanft ansteigenden Bergrücken, entfernt vergleichbar mit der Harzlandschaft, liegt das Zentrum des Landes.

So malerisch die Landschaft und so mild das Klima in diesem ewig grünen und blühenden Land auch sein mögen, so rau und kontrastierend zu dieser Naturidylle sind die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände. Zwei Drittel der 3,5 Millionen zählenden Bevölkerung gehören zur indianischen Volkstumsgruppe. Sie vegetieren in den grossen, fruchtbaren Tälern des Hochlandes in einer unvorstellbaren Armut dahin. Ihr Lebensrhythmus wird durch die Feudalstruktur Guatemalas bestimmt. 2,2 Prozent der Weißen besitzen 70 Prozent des kultivierten Bodens. Hauptprodukte des Landes: Kaffee (80 Prozent der Gesamtausfuhr) und Bananen (15 Prozent der Gesamtausfuhr).

Sozialreformen wurden zunichte gemacht

Vor 20 Jahren - 1944 - kam es in Guatemala zu ersten revolutionären Protesten gegen die Diktatur einer mit einem bestimmten Flügel der US-Kapitalinteressen verbundenen Oligarchie. Diese demokratische Revolution wurde von der städtischen Intelligenz getragen. Eine bedeutende Rolle spielten dabei die Studenten der Universität von Guatemala. Der im Exil lebende Professor Juan Arevolo wurde nach dem Sieg der Revolution heimgeholt und für 6 Jahre zum ersten demokratischen Präsidenten der Republik gewählt. Mit seinem Amtsantritt begann - zwar langsam anlaufend - eine Phase politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen. Die Widerstände waren indes so stark, daß ihm unwälzende Erfolge versagt bleiben mußten.

Kommunistische Aktionen

Die reaktionären Kräfte der Feudaloligarchie ließen sich nicht integrieren. Gleichzeitig begannen die Kommunisten, ihre Front zu formieren. Jacobo Arbenz, ein von den Kommunisten manipulierter Offizier, wurde zum Präsidenten gewählt. Obwohl man auf kommunistischer Seite zunächst recht geschickt und zurückhaltend operierte, wurde die eigentliche kommunistische Zielsetzung immer klarer: überforcierte, mit überstürzten Strukturveränderungen der Gesellschaft sollte das Endziel der kommunistischen Diktatur erreicht werden. Beim Kampf um die Führung in Lande bedienten sich die kommunistischen Strategen zwar vieler Tarr- manöver aus dem Arsenal bolschewistischer Umsturzhilfen, sie benannten sogar die KP kurzerhand um, aber bei der Durchbringung der Machtposi- tionen traten die totalitären Formen unverhüllt hervor. Als man auf kommunistischer Seite schließlich glaubte, unmittelbar vor dem Ziele zu stehen und den bewaffneten Aufstand der KP auslösen zu können, erfolgte der Gegenschlag. Die kommunistische Bedrohung wurde liquidiert, Arbenz und sein engster Mitarbeiter Chez Guavera flohen und leben heute in cubanischen Exil.

Es steht außer Zweifel, daß die Wiederechlagung dieses kommunisti- schen Abenteurers, deren Notwendigkeit niemand bestreiten kann, zugleich auch die demokratische Bewegung schwächte, weil in diesen Auseinander- setzungen reaktionäre Kräfte Boden zurückgewinnen konnten. Dies ist überall die Folge kommunistischer Wählerarbeit und hat - nicht nur in Südamerika - eine gewisse Gesetzmäßigkeit. Aber wie dem auch sei, der Kommunismus erlitt eine solche Niederlage, daß er sich bis heute nicht davon erholen konnte. Bei den letzten Bürgermeisterwahlen in der Haupt- stadt Guatemala votierten von 87.000 Wählern nur noch 9.000 kommuni- stisch.

Unselöste Probleme

Obwohl die kommunistische Gefahr in Guatemala gebannt erscheint und das Land in den letzten zehn Jahren gewisse politische und wirt- schaftliche Fortschritte erzielen konnte, sind viele Fragen ungelöst geblieben. Noch immer bildet der überwiegend analphabetische und pau- perisierte Anteil der Indiobevölkerung ein Hemmnis bei der Moderni- sierung des Landes. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Export- erträgen des Kaffees und der Bananen schafft zusätzliche Probleme.

Die von Präsident Kennedy begründete "Allianz für den Fortschritt" hat besonders in Guatemala versucht, Hilfe zu bringen. Man ging daran, das Analphabetentum bei den Indianern durch Errichtung von Schulen zu überwinden und für einen Teil von ihnen Arbeitsplätze zu schaffen. Das alles geht natürlich nur langsam voran.

Demokratische Alternative ?

Entscheidend bleibt - und das war der unmittelbar stärkste Ein- druck aus der direkten Begegnung mit den Menschen und Problemen Guate- malas - ob die verantwortlichen bürgerlichen Führungskräfte instande sein werden, mit durchgreifenden Reformen die Macht der konservativen Beharrungskräfte zu brechen und damit aus der gesellschaftlichen Stag- nation herauszukommen, die das fatale Kennzeichen der Feudal Epoche Guatemalas war. Die zur Zeit herrschende Militärjunta scheint auf Grund des steigenden Drucks über lang oder kurz zu einer demokratischen Al- ternative des Landes kommen zu müssen.

Da es eine unmittelbare kommunistische Gefahr nicht mehr gibt, hängt es in hohem Maße von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen ab, ob es in Guatemala ähnlich wie in Costa Rica zu einer Demokratisierung und modernen Erschließung des Landes kommt. An den verantwortlichen politischen Kräften liegt es, entsprechende Konsequenzen für die demokratisch-fortschrittliche Umgestaltung des Landes zu ziehen.

Übrigens fiel dem deutschen Betrachter bei der Konfrontierung mit den Problemen des Landes ein Satz von Kurt S c h u m a c h e r ein, der einmal sagte:

- * "Man kann die Demokratie nur behaupten dadurch, daß man sie
- * praktisch lebt und durchkämpft. Kommunisten und Faschisten
- * werden nicht geboren, sondern durch den Unverstand Regie-
- * render gemacht."

Diese Erkenntnis gilt allerdings nicht nur für Guatemala ...

Chile - Land des Kupfers

Chile - dieses in der halben Länge Südamerikas von Nord nach Süd zwischen dem Pazifik und den Anden über 4.000 km verlaufende, durchschnittlich nur 170 km breite Land - ist in seinen landschaftlichen Kontrasten von einem eigenartigen Reiz. Im sogenannten großen Norden die Stauchhautwüste mit den großen Guano- und Salpetervorkommen und den enormen Kupfervorräten (35 Prozent des Weltvorrats), die allein zwei Drittel des chilenischen Gesamtexports ausmachen; im mittleren Chile das große fruchtbare Valle Central, in dem 90 Prozent der Gesamtbevölkerung, über 3 Millionen Menschen, leben; nach Süden die vor allem von deutschen Siedlern erschlossenen Ackerbaugebiete der Frontera. Santiago, die Hauptstadt Chiles, liegt in dem mittleren Längstal am Fuße der Hoch-Anden.

Chile hat seine spezifischen Probleme. Alle politischen Gespräche kreisen in diesen Wochen und Monaten um eine entscheidende Frage: Wer siegt bei den Präsidentenwahlen im September? Diese Entscheidung ist von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung des Landes. Im Wettbewerb um die Macht für die nächsten sechs Jahre liegen drei Kandidaten: Die Demokratische Front als Regierungspartei, ein Bündnis der Konservativen und Liberalen, präsentierte den Senator Julio Duran, die sogenannte FRAP, eine Volksfront-Gruppierung mit den Kommunisten im Bündnis, den Senator Salvador Allende, und die Christlichen Demokraten den Senator Eduardo Frei.

Auch hier - Kommunisten in Aktion

Eine Nachwahl in der chilenischen Provinz ergab vor zwei Wochen den eindeutigen Sieg der Allende-Gruppe. Danach ist der Regierungskandidat Duran zurückgetreten. Es formierten sich nun neue Konstellationen mit dem Ziel, einen Sieg der Volksfront-FRAP zu verhindern, um damit den Kommunisten die Chance zu nehmen, über legal durchgeführte demokratische Wahlen zur Macht zu kommen.

Der Besucher aus Deutschland konnte sich bereits bei den ersten Gesprächen von dem allgemeinen Unbehagen überzeugen, das heute das politische Klima in Chile bestimmt. Die sechsjährige Herrschaft der Konservativen und Liberalen unter dem Präsidenten Alessandri hat ökonomisch und sozial keine positiven Resultate aufzuweisen. Die schleichende Inflation schafft wirtschaftliche Schwierigkeiten, besonders für die werktätige Bevölkerung. Dazu kommt die Herrschaft einer zu lange amtierenden und recht selbstsicheren Staatsbürokratie, die von ihrer konservativen Positionen her alle fortschrittlichen Impulse zu paralisieren vermag und damit jenes politisch-soziale Spannungsfeld schafft, das gegenwärtig das politische Klima in Chile zu bestimmen scheint.

"Es müssen neue Männer kommen"

"Die regieren zu lange. Neue Männer müssen kommen!" so und ähnlich hört man es von allen Seiten. Manche erhoffen sich vom Wechsel eine neue demokratische Standortbestimmung, harmonisiert mit dem modernen Rhythmus unserer Zeit, mit sozialen und wirtschaftlichen Reformen. Andere verlangen - und hier folgen sie der beflissen auf vielen Kanälen agierenden kommunistischen Propaganda - eine radikale Neuordnung der Besitzverhältnisse, das heißt vor allen Dingen die Verstaatlichung der Kupfererzgruben, die sich zu 95 Prozent im amerikanischen Besitz befinden. Überhaupt: Die Kommunisten verknöchten den allgemeinen Trend des Unwillens und Unbehagens sehr geschickt zu manipulieren und sich als Vertreter demokratischer Volksinteressen zu präsentieren.

Obwohl Allende kein Parteikommunist ist, kann er nur mit kommunistischen Stimmen siegen. Er stammt aus einer der führenden Familien des Landes, sympathisiert mit Fidel Castro und glaubt, daß nur radikale Reformen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu einer echten Demokratie in Chile führen können. Allende, der zu seinem Sieg der kommunistischen Unterstützung bedarf, hofft, nach dem Sieg die Kommunisten in Schranken halten zu können.

Katholiken für radikale Reformen

Die Gegenposition zu Allende wird von dem Vertreter der Christlichen Demokraten, Eduardo Frei, bezogen. Beiläufig sei vermerkt: Die chilenischen Christdemokraten haben nicht viel gemeinsam mit der bundesrepublikanischen CDU und Frei keine Ähnlichkeit mit Dufhues oder Adenauer. Die einzige Ähnlichkeit liegt nur in der engen Bindung an die katholische Kirche in diesem vorwiegend katholischen Land. Aber hier beginnt bereits die eigentliche Differenzierung: Der chilenische Klerus hat die Gefahr erkannt, die der Demokratie und der Glaubensfreiheit drohen, wenn man nicht durch ein radikales Reformprogramm den Kommunisten ihre Agitationsbasis entzieht. Der Kardinal von Santiago de Chile gilt als einer der fortschrittlichsten Kirchenfürsten, auch auf dem Römischen Konzil. Die Chilenische Kirche unterstützt die radikale soziale Plattform von Frei. Das längst vergessene Ahlener Programm der CDU stellt nur einen blassen Schein dessen dar, was an den recht konkreten Reformvorschlägen Freis auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet vorgesehen ist, wenn er im September siegen sollte. Eduardo Frei, 48 Jahre alt, wirkt recht überzeugend. Seine Partei konnte bei den Gemeindevahlen im vergangenen Jahr Erfolge erzielen. Er stellt eine echte Alternative zu Allende dar. - Am 4. September 1964 wird es sich zeigen, in welcher Richtung die weitere politische Entwicklung in Chile verlaufen wird.

220 Millionen Menschen sind in Bewegung geraten

Beim Rückflug in die Heimat, zehn Flugminuten von Santiago entfernt, passiert man den höchsten Berg Amerikas, den 7.000 m hohen Aconcagua. In seiner ewigen Schneepacht markiert er die Grenzscheide zwischen Chile und Argentinien. Es dauert nicht allzu lange, und die Anden verschwinden langsam aus dem Blickfeld, während die breite Ebene der argentinischen Pampa neue Gedanken und Assoziationen aufkommen läßt - nun über die Probleme Argentiniens und das vor uns auf der Route im Norden liegende größte Land Lateinamerikas, das unruhige Brasilien.

Auch hier erfahren wir jene Bestätigung der für alle lateinamerikanischen Staaten verbindlichen Erkenntnisse: Die Völker dieses amerikanischen Subkontinents mit seiner über 220 Millionen zählenden Bevöl-

kerung, den Indianern, Mestizen und Weißen, sind in Bewegung geraten. Die Fragwürdigkeit der traditionellen Strukturformen in den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen ist überall evident und zwingt alle zum revolutionären Umdenken, zum Suchen nach neuen Wegen. Überall, das heißt auch bei den Kräften, die von außen her als Bestimmungskräfte in diesen Transformationsprozeß hineinwirken oder erst auf vielen, manchmal verschlungenen Wegen wirksam werden wollen.

Kennedys bleibendes Verdienst

Präsent und überall spürbar ist der große Nachbar aus dem Norden des amerikanischen Kontinents: die USA. Eines wird immer zu den hervorragenden Seiten im Geschichtsbuch des großen Präsidenten John F. Kennedy gehören: Der Versuch, das Verhältnis der lateinamerikanischen Völker zu den USA von der Belastung jahrzehntelanger dollar-imperialistischer Abhängigkeit und der berüchtigten big-stick-diplomacy zu befreien und in eine solidarische Zusammenarbeit und echte demokratische Partnerschaft auf dem amerikanischen Kontinent anzuwandeln. Nur so darf sein Plan von der "Alianza para el Progreso", dieser Allianz für den Fortschritt, in seiner geschichtlichen Perspektive verstanden und gesehen werden. Wir konnten so manche sympathische Bekundung besonders nach dem tragischen Tod Kennedys registrieren, die von einer veränderten, verständnisvollen Neueinschätzung des mächtigen amerikanischen Bruders aus dem Norden zu zeugen schienen. Die Kontinuität der Kennedy'schen Politik, basierend auf verständnisvoll gewährter wirtschaftlicher Hilfe und echter politischer Partnerschaft, erscheint uns aufgrund unserer Erfahrungen der einzige Weg zu sein, jene zum Teil brutalen Manifestationen erlebter Anti-Yankee-Demonstrationen zu überwinden. Die Pragmatiker in der Nachfolge Kennedys befinden sich unter Johnson nachweisbar auf einem guten, wenn auch langen und dornenvollen Weg. In der Maße, wie es ihnen gelingt, in einem geduldigen Prozeß die revolutionäre Umgestaltung in demokratische Bahnen voranzubringen, in derselben Maße verringern sich die Chancen jener Kräfte, die, ebenfalls von außen: von Moskau und Peking, versuchen, Einfluß auf die revolutionären Prozesse Lateinamerikas zu bekommen.

Die Taktik der Kommunisten

Lateinamerika figuriert hoch auf der weltrevolutionären Agenda der Kommunisten. Man hat aus dem Fiasco in Guatemala und anderen Niederlagen gelernt und ist elastischer in der Taktik geworden. "Wir Kommunisten erkennen an, daß aufgrund der besonderen Lage die Entwicklung Guatemalas zunächst durch eine kapitalistische Periode gehen muß", heißt es in einem Geständnis nach der Niederlage. Aber dann meditiert derselbe Stratege weiter so: "Obgleich es historisch nicht mehr unvermeidlich ist, daß diese kapitalistische Periode lange dauert." Nun, in Guatemala sind sie genau an diesem Punkt gescheitert, wo sie glaubten, die sogenannte kapitalistische Periode

wäre zu Ende. In Chile glauben die Kommunisten an den "friedlichen Weg zur Macht". Genauer: Die Moskauer Linientreuen glauben an solche taktisch-friedlichen Umwege, über Wahlen und Parlament zur Macht zu kommen.

Die chinesische Fraktion reagiert wütend unter Berufung auf Lenin auf die revisionistische Entartung "friedlicher Wege zur Macht". Damit sind wir bei den unmittelbaren Konsequenzen der schematischen Entwicklung innerhalb des kommunistischen Lagers in Lateinamerika. Das unabwendbare Schisma zwischen Peking und Moskau bedeutet Zersetzung und Schwächung der kommunistischen Kader in Lateinamerika. Kenntnisreiche Beobachter berichten vom Rückgang der Mitgliederzahlen, von Desorientierung und organisatorischer Schwäche. Auch der Stern Castros hat von seinem ursprünglichen Glanz manches verloren. Die latinische Ungeduld, Erfolge zu sehen und zwar bald, kontrastiert mit der kubanischen Wirklichkeit und dem fidelistischen Unvermögen, auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet in den vergangenen fünf Jahren seine Probleme überzeugend, wie es einem angepriesenen Modellsystem zukommt, zu lösen.

Unsere Aufgaben

Das sind die konkreten Erfahrungen, die sich aus den zahlreichen Begegnungen mit den Teilnehmern der von der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten gewerkschaftlichen Seminare in Lateinamerika ergeben haben. Die Gesprächspartner repräsentierten verschiedene politische und gewerkschaftliche Richtungen und Organisationen. So ermutigend diese Erkenntnisse klingen mögen, so bleibt unverändert die Feststellung John F. Kennedys vom "battlefield" Lateinamerika, und daß es sich hier um "the most critical area in the world" handelt.

Für Europa, und aus manchen Gründen in besonderem Maße für uns in Deutschland, gilt deshalb die Aufforderung John F. Kennedys zur stärkeren Einschaltung in Lateinamerika als Auftrag zum verstärkten Tun und Handeln. In dem Maße, wie wir mithelfen, den revolutionären Umgestaltungsprozeß sinnvoll zu fördern und damit Lateinamerika für die demokratische Welt zu gewinnen, leisten wir einen wichtigen geschichtlichen Beitrag.

In Lateinamerika, bei den Begegnungen mit den Menschen, spürte ich die Verpflichtung für unsere Generation, diesen Beitrag zu leisten.